



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/239 - 18. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

"Gipfel" - aber wie?

51

Berlin kein isoliertes Problem

2 - 3

Willy Brandt in Wien

71

Erfolg für Berlin und für die Bundesrepublik  
Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

4 - 5

Günstige Ausgangsposition der SPD

86

Vor den Gemeindewahlen in Hessen

6

Im Ost-West-Konflikt

45

Alte Mutter darf nicht zu ihrer Tochter

7

Der Gewinn

52

Als Gast beim Vorstand der  
Landsmannschaft der Ostpreussen

\* \* \* \* \*

## "Gipfel" - aber wie ?

### Berlin ist kein isoliertes Problem

sp - Seit einigen Tagen kann man in den Überschriften der Welt-  
presse wieder das Wort "Gipfalkonferenz" lesen. Sicher wird es nicht we-  
nige Menschen geben, die in Erinnerung an den gescheiterten "Gipfel von  
Paris" im Mai d.J. und unter Bezugnahme auf das Verhalten Chruschtschows  
in der UNO-Vollversammlung alle Spekulationen und Kombinationen über einen  
neuen "Gipfel" mit größtem Pessimismus zur Kenntnis nehmen. Viele werden  
sich auch in einen gewissen Galgenhumor flüchten und den Rückzug in die  
politische Interessenlosigkeit antreten.

Es ist nicht verwunderlich, daß Macmillans vorsichtige Andeutungen  
über die Möglichkeit eines neuen Gipfeltreffens nicht jenes Echo auslö-  
sten, das ähnliche Bemühungen und Vorschläge etwa vor zwei Jahren - also  
vor der Genfer Außenministerkonferenz 1959 und vor den Gesprächen Chru-  
schtschows mit Eisenhower in Camp David - gefunden hatten. Das Klima der  
internationalen Beziehungen ist kälter geworden und der Glaube an die Ver-  
nunft der Großen ist erschüttert.

Selbst kleine Fortschritte bei Verhandlungen der Atomkräfte in Genf  
über die kontrollierte Einstellung von Kernwaffenversuchen werden heute  
in der Weltpresse nur noch mit Fünf-Zeilen-Meldungen registriert. Und doch  
haben die USA, die UdSSR und Großbritannien am Montag dieser Woche ge-  
meinsam etwas beschlossen, das man noch vor einer Woche für völlig un mög-  
lich gehalten hätte. Sie einigten sich über die juristische Stellung der  
Kontrollorganisation und ihrer Mitglieder, sowie über die finanzielle  
Operationen der Kontrollorgane. Sogar der Leiter der amerikanischen Dele-  
gation in Genf mußte zugeben, daß die Sowjets überraschend ein bemerkens-  
wertes Entgegenkommen gezeigt hätten. Aber eine Schwalbe macht bekanntlich  
noch keinen Sommer, und man sollte dieses Ereignis in Genf nur mit dem  
Kernwort "Kleiner Hoffnungsschimmer" registrieren, sowie darüber nachden-  
ken, daß die Atomwaffenbesitzer von heute trotz des größten Getöses der  
UNO-Redeschlachten bei anderen Anlässen "am Mann" bleiben.

Für uns Deutsche gibt es zur Zeit wenig Grund zum Optimismus, zumal  
die Ankündigung eines neuen "Gipfels" mit der Bemerkung verbunden ist,  
man wolle sich hauptsächlich über Berlin unterhalten. Sollte dies die  
Marschrichtung für die Vorbereitungen einer neuen Gipfalkonferenz bleiben,  
dann würden - bei allen ehrenwerten Absichten Macmillans - die Westmächte  
die Plattform ihrer eigenen Erklärung vom 16. Dezember 1958 zur Berlin-  
Frage verlassen. Damals hieß es in Punkt 6 des Kommuniqués von der Tagung  
des Nordatlantikrates in Paris:

"Der Rat ist der Ansicht, daß die Berliner Frage nur im Rahmen eines  
Abkommens mit der Sowjetunion über die gesamte Deutschlandfrage ge-  
regelt werden kann. Er ruft in Erinnerung, daß die Westmächte sich  
wiederholt bereiterklärt haben, dieses Problem ebenso wie die der euro-  
päischen Sicherheit und der Abrüstung zu prüfen. Sie sind zu einer  
Diskussion aller dieser Fragen nach wie vor bereit."

Unter diesen Umständen ist es notwendig, daß die deutsche Politik  
ständig bemüht bleibt, die Zusammenhänge zwischen Berlin, dem Deutschland-  
problem, der Abrüstungsfrage und dem Problem der europäischen Sicherheit  
in die internationale Diskussion hineinzustellen. Ein neuer "Gipfel", auf  
den man nur über Berlin reden würde, könnte vielleicht eine Bestätigung  
der Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin bringen, die anderen Fragen  
jedoch offenlassen. Berlin bliebe dann nach wie vor ein isoliertes Pro-  
blem, dessen Aufrollung den Sowjets immer wieder möglich wäre.

### Willy Brandt in Wien

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Den Höhepunkt der in Wien abgehaltenen Berlin-Woche bildete der dreitägige Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt. Wo immer er sich mit seiner Begleitung in den Strassen Wiens zeigte, wurde er von der Bevölkerung stürmisch begrüßt und gefeiert. Als er einer Wohnhausanlage im traditionsreichen Arbeiterbezirk Ottakring den Namen "Berlin-Hof" gab, war trotz strömenden Regens eine unübersehbare Menschenmenge erschienen, um ihre Sympathie für Willy Brandt und das Volk von Berlin zu bekunden.

Wie Vizebürgermeister Felix Slavik, 46, in einer Kundgebung der Wiener Sozialisten richtig feststellte, haben sich Willy Brandt und seine Frau Rut die Herzen der Wiener erobert. Wiens Bevölkerung sieht in dem jugendlich wirkenden, energischen, von souveräner Ruhe und unbeirrbarer Entschlossenheit erfüllten Regierenden Bürgermeister von Berlin die Verkörperung des Leidgeprüften, tapferen und freiheitsliebenden Volkes von Berlin. Die Herzen der Wiener, die sich Brandt hier erobert hat, die hat er für Berlin, für ganz Berlin und für die gesamte Bevölkerung dieser Stadt erobert.

Die von der Wiener Stadtverwaltung unter dem Bürgermeister und SPÖ-Landesvorsitzenden Franz Jonas, 61, veranstaltete Freundschaftswoche "Wien grüsst Berlin" sollte zunächst nur eine Art Gegenstück zu einer vor einigen Monaten in Berlin stattgefundenen Österreich-Woche sein. Sie wurde aber mehr, sie wurde zu einem eindrucksvollen, begeisterten Bekenntnis Wiens für die Bekräftigung des Lebens- und Freiheitswillens der Bevölkerung von Berlin und damit auch der Bevölkerung des gesamten gespaltenen Deutschland.

In seinen Reden in Wien erinnerte Willy Brandt immer wieder an die schmerzvolle Vergangenheit und an die damit verbundenen Lehren für die Gegenwart und Zukunft. Der Faschismus wurde nicht überwunden, damit nun in einer anderen Form oder Farbe ein neuer Totalitarismus die Menschen unterdrücken kann. Wer es ernst ist um die in weltweiter Propaganda so viel zitierte Koexistenz, der könne ja in Berlin, wo die günstigsten Voraussetzungen bereits gegeben sind, den besten Beweis seines aufrichtigen Willens und seiner Vertrauenswürdigkeit erbringen.

Solche Feststellungen werden gerade in Wien besonders gut verstanden und haben daher auch ein ausserordentlich starkes Echo gefunden. Denn auch Wien, von der Sowjetarmee am Ende des Krieges erobert, war eine von den vier Siegermächten besetzte und kontrollierte Stadt. Auch in Wien hat man zehn schwere Jahre hindurch die Freiheit ersehnt und erkämpft. Wien war wohl in einer viel glücklicheren Lage als Berlin, weil es ja niemals zu einer wirklichen Spaltung kam, aber Wiens Bevölkerung hat doch sehr viel an eigenem Leib gespürt, was die Bevölkerung von Berlin bedrückt und quält. Nichts aber bindet so stark wie gemeinsames Leid. Gerade weil Wien unter vergleichbaren Bedingungen dennoch von manchem verschont blieb, was Berlin beschieden war, ist das Verständnis und die Sympathie umso stärker. Die leidenschaftliche Zustimmung zu Willy Brandts überzeugend vorgebrachtem Anspruch auch des zahlenmässig kleinen Volkes von Berlin auf Selbstbestimmung und auf ein Leben in Freiheit, war eine bewusst Demonstration des neutralen Österreich und seiner Hauptstadt für die Freiheit, die einst selbst schwer errungen werden musste und die man daher zu schätzen weiss.

Die russischen Angriffe auf Wien gegen die Abhaltung der Freundschaftswoche für Berlin und das Geklaffe des kommunistischen Sowjet-Schossbüchchens an den Mond, indes die Karawane weiterzieht, haben die Wogen der Begeisterung für Willy Brandt und seine Berliner nur noch höher schlagen lassen. So wurde beispielsweise die Anwesenheit des SPD-Kreisvorsitzenden aus dem Ostberliner Bezirk Lichtenberg, Rudi Müller, von den Wiener Sozialisten auf der erwähnten Kundgebung mit minutenlangem brausendem Beifall quittiert.

Aber auch noch in einer anderen Beziehung hat Willy Brandt auf etwas hingewiesen, was man in Österreich aus eigener Erfahrung besonders gut versteht: der Kanzlerkandidat der SPD für die kommenden Bundestagswahlen wies nämlich in seinen Ansprachen in Wien unter anderem auch auf die Erfahrungen hin, die man in Berlin mit der Zusammenarbeit der grossen Parteien gemacht hat. Österreich verdankt nicht zuletzt gerade einer solchen demokratischen Zusammenarbeit seine vor fünf Jahren errungene Freiheit und Selbständigkeit, während andererseits der konservative "Dollfußweg" in der ersten Republik, bei Ausschluss der damaligen Sozialdemokraten von der Verantwortung, direkt in den faschistischen Abgrund geführt hat. Was Berlin allen Stürmen mannhaft trotzen liess, das könnte doch, so denkt man in Wien, ja in ganz Österreich, auch Deutschland helfen, mit den noch ungelösten Lebensfragen seiner Bevölkerung in einer dem eigenen Wohle und dem Weltfrieden dienenden Weise fertig zu werden.

Günstige Ausgangsposition der SPD

K.W. - Am 23. Oktober finden in Hessen Kommunalwahlen statt. In den über 2 700 hessischen Gemeinden werden die Gemeindevertretungen und in den 39 Landkreisen die Kreistage neu gewählt. Die hessische Sozialdemokratie hofft ihre starke Stellung in den Kommunalkörperschaften weiter festigen und ausbauen zu können, denn auf kommunaler Ebene ist ihr Gewicht noch größer als selbst in der Landespolitik.

Einige Zahlen machen das deutlich: Bei den Wahlen im Oktober 1956 stellten die Sozialdemokraten von den 486 Stadtverordneten der neuen kreisfreien Städte in Hessen 249, die CDU 124, die FDP 56, der BHE 8, die damalige Freie Volkspartei 9 und die freien Wählervereinigungen 40. In den 39 Kreistagen waren von 1294 Kreistagsabgeordneten 614 Sozialdemokraten, der CDU gehörten 252 an, der FDP 90, dem BHE 118, der FVP 5 und auf "Sonstige" entfielen 215 Vertreter. Derzeit stellt die SPD 23 Landräte und 8 von 9 Oberbürgermeistern. In Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Darmstadt und Offenbach hat sie die absolute Mehrheit (in Frankfurt, das über 110 000 Heimatvertriebene in seinen Mauern aufgenommen hat, verfügt sie über 50 von 80 Mandaten). Wiegt schon schwer, daß alle wichtigen Städte Hessens sozialdemokratisch geführt werden, neben den genannten auch die Universitätsstädte Marburg und Gießen, außerdem die Industriestadt Kinnau und zahlreiche mittelgroße und kleinere Gemeinden, so wird das Bild noch schärfer wenn man die Einwohnerzahlen in Rechnung stellt. Dann ergibt sich nämlich, die imposante Tatsache, daß 75 Prozent der hessischen Bevölkerung in Städten bzw. Landkreisen leben, die von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern geführt werden!

Das ist sicherlich kein Zufall. Es ist wohl in erster Linie den Wechselwirkungen zwischen Kommunal- und Landespolitik zuzuschreiben. Zwar sind Planung und Gestaltung der Gemeinde Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden, wodurch gewährleistet ist, daß die Gemeinden durch den Staat nicht gegängelt werden können (das hessische Kommunalrecht ist als vorbildlich international anerkannt), doch bedarf es in vielen und manchmal schwierigen Fällen der tatkräftigen Unterstützung durch die Landesregierung, die sich hierzu, wo immer es nur möglich ist, bereitfindet. Ganz gleich, ob es sich um den Steuerverbund handelt (von Rechnungsjahr 1956 an werden die Gemeinden und Gemeindeverbände mit einem festen Hundertsatz - 18,5 Prozent - an dem Land verbleibenden Einnahmen aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer beteiligt), oder etwa um Lasten, wie sie sich aus dem Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen

aus dem Schulbau, dem Bau kommunaler Altenheime und Krankenhäuser, Sportanlagen u.ä.m. ergeben. Das Land hat sich außerdem bereit erklärt, bestimmte Lasten der Gemeinden zu übernehmen, wie z.B. durch die Übernahme der Ingenieurschulen, den Verzicht des Landes auf Erhebung von Schulstellenbeiträgen bei Volks- und Mittelschulen, Gewährung von Weihnachtsbeihilfen an Kinderbemittelte usw.

Hessen ist führendes Bundesland in der "sozialen Aufrüstung des Dorfes", die den Bau von Dorfgemeinschaftshäusern, Mehrzweckhallen und Landkindergärten umfaßt. Ziel des Programms ist, fehlende soziale und kulturelle Einrichtungen zu schaffen, die Nachteile des Lebens auf dem Lande gegenüber demjenigen in der Stadt auszugleichen, die Landflucht abzustoppen und den Gemeinschaftssinn im Dorf zu entwickeln. Der Bau von Dorfgemeinschaftshäusern ist Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinde, das Land leistet lediglich Hilfestellung - übrigens völlig unbürokratisch und rasch. Von 1952 bis 1960 hat es insgesamt für die "soziale Aufrüstung des Dorfes" rund 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Bis Ende dieses Jahres werden 160 Dorfgemeinschaftshäuser fertiggestellt sein, weitere 40 sind im Bau oder in der Planung. Außerdem sind 10 Mehrzweckhallen errichtet worden, ebenso viele sind im Bau oder in der Planung. Hinzu kommen 25 Landkindergärten (im Bau sind weitere 8), die unabhängig von einem Dorfgemeinschaftshaus vom Land gefördert worden sind.

Das Land Hessen hat sich auch der Frage der Mittelpunktschulen auf dem flachen Lande besonders angenommen. In seiner Regierungserklärung vom 26.1. 1959 bemerkte Dr. Georg August Zinn, Hessens sozialdemokratischer Ministerpräsident: "Das Landkind darf im späteren Leben bei dem Wettbewerb um den besten Arbeitsplatz nicht benachteiligt sein. Deshalb ist auf dem Lande, wenn auch zunächst nur für die oberen Jahrgänge, die Errichtung von Mittelpunktschulen wünschenswert. Selbstverständlich ist dabei nicht an staatlichen Zwang gedacht.

Beachtlich sind die Leistungen in den größeren Städten des Landes bezüglich des Wiederaufbaus. An Totalzerstörungen verloren die Städte Darmstadt 43,5 %, Gießen 38,6 %, Offenbach 22,7 %, Kassel 53,4 %, Frankfurt 24,5 %, Hanau 62,2 %, Wiesbaden 9,8 % ihres Wohnungsbestandes von 1939. Rechnet man die beschädigten Wohnungen hinzu, erhöhen sich die Zerstörungsgrade um ein Beträchtliches.

Der Hessenplan wird nunmehr zu einem allgemeinen Landesentwicklungsplan erweitert, der auch einheimischen Bevölkerungsschichten zugute kommen soll. Im Rahmen des Hessenplans wurden rund 20 000 Familien umgesiedelt. Insgesamt wurden 92 000 Wohnungen gefördert und mehr als 100 000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gefestigt. Vom 1.7. 1949 bis 31. 12. 1959 wurden in Hessen 11 166 vertriebene und geflüchtete Bauernfamilien angesiedelt.

Ministerpräsident Dr. Zinn hat die Parole ausgegeben, die von allen Litfaßsäulen den Wähler mahnt: "Die besten Köpfe ins Rathaus. Kommunalpolitik ist die Grundlage der Staatspolitik" Und die SPD geht mit Zuversicht in die Wahlen. Sie kann es. Sie wird in den Städten sicherlich gut abschneiden. Auf dem Lande wird sie den einen oder anderen Landkreis dazuerobern: drei sind sehr wahrscheinlich (Giessen, Hofgeismar und der Main-Taunus-Kreis), drei wahrscheinlich und vier möglich. So sieht es heute jedenfalls aus.

+ + +

### Im Ost-West-Konflikt

H.B. - Als Chruschtschow kurz vor seiner Abreise aus New York gefragt wurde, was er zur Flucht eines estnischen Besatzungsmitgliedes der "Baltika" sage, antwortete er, dieser Mann hätte ihm nur zu sagen brauchen, daß er in den Vereinigten Staaten bleiben wolle. Er - Chruschtschow - hätte ihm dann sogar noch ein ansehnliches Taschengeld gegeben. Chruschtschow glaubte vielleicht, damit einen gelungenen Witz gemacht zu haben. Nun, wenn diese Worte einer der üblichen, für die Journalisten bestimmten, Scherze Chruschtschows waren - und alles spricht dafür - so wirkt dessen Fäkte bei der Konfrontierung mit der Wirklichkeit recht makaber.

Ein kleines Beispiel - gewiß nur aus der alleräußersten Peripherie der "großen Politik" und doch auch wieder in seiner menschlichen Tragik ein Teil des Geschehens unserer Zeit - mag das aufzeigen.

Da wartet eine alte, kranke, einsame Frau irgendwo in der Sowjetunion schon seit vielen, lang gewordenen Jahren, darauf, zu ihrer in Deutschland lebenden Tochter zu dürfen, um hier, gepflegt und umhegt die letzten wenigen Jahre ihres Lebens verbringen zu können. Diesseits ist alles bereit, alle behördlichen Klippen sind überwunden und alle bürokratischen Hindernisse genommen; jenseits aber schreibt sich eine alte verzweifelte Frau die Finger wund mit Eingaben, Gesuchen, flehenden Bittbriefen - bis hin zu Chruschtschow. Sie hat nur eine Bitte: Laßt mich endlich zu meiner in Deutschland in seinem westlichen Teil allerdings - lebenden Tochter. Ich, eine alte, gebrechliche, zu keiner Arbeit mehr geeignete Frau, reiße kein Loch in das russische Menschenpotential, wenn ich dieses Land - das ich trotz allem liebeverlasse. Doch sie bekommt entweder keine Antwort oder sie hört nur immer wieder ein "Njet".

Wir sind naiv und der rauhen Wirklichkeit unserer Welt nahe genug, um nicht zu erwarten, daß all die großen humanitären Ziele nicht von heute auf morgen zu erreichen sind, die sich die Menschheit in der Erkenntnis gesetzt hat, daß wir auf die Dauer nicht nebeneinander leben dürfen, sondern miteinander leben müssen. Herr Chruschtschow aber sei daran erinnert, daß Artikel 13 Absatz 2 der 1948 von den Vereinten Nationen verkündeten "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" lautet:

"Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen, sowie in sein Land zurückzukehren."

Mit diesem Postulat darf, genauso wenig wie mit allen anderen menschlichen Grundrechten, kein Scherz und Spott getrieben werden. Es ist vielmehr eine allen Politikern der Welt - auch Nikita Chruschtschow gestellte Aufgabe, die unveräußerlichen und unteilbaren Rechte aller Menschen verwirklichen und wahren zu helfen. Die Geschichte lehrt, daß die elementaren Menschenrechte zwar zeitweilig unterdrückt werden können, daß sich ihr Durchbruch jedoch auf die Dauer nicht aufhalten läßt.

### Der Gewinn

ler. Alle Teilnehmer der zweiten Begegnung, diesmal in Bonn, zwischen dem Vorstand der Landsmannschaft Ostpreussen, Mitgliedern des Präsidiums der SPD und sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten (Einladender war diesmal die Landsmannschaft Ostpreussen), gingen nach einem vielstündigen, bis in die frühen Morgenstunden sich hinziehenden Gespräch mit dem Wunsch nach Haus, diese Begegnungen und gegenseitigen Informationsaustausch zur ständigen Einrichtung werden zu lassen. Ihr das politische Leben befruchtender Wert liegt ja nicht allein im blossen Meinungsaustausch, er liegt vor allem in dem Bemühen, einander besser verstehen zu lernen, Vorurteile und Ressentiments zu beseitigen, die hier und da noch bestehen mögen. Diese Gespräche und Begegnungen stehen ja nicht unter dem Motto des einander Belehrenwollens - es käme dann freilich nicht allzu viel heraus - als vielmehr unter dem Bestreben, in den anderen den Weggenossen zu einem gemeinsamen Ziel zu sehen, das da heisst: Bewahrung des inneren Zusammenhaltes unserer Nation und damit, nach Herbert Wehner, der Versuch, gemeinsam uns alle bedrohenden Gefahren zu begegnen. Hier hilft keine Polemik, sondern nur die gemeinsame Anstrengung, bedrohliche Entwicklungen teils abzuwenden, teils sie so zu wenden, dass sie gerade noch erträglich sind.

Die Landsmannschaften finden in der deutschen Sozialdemokratie eine verlässliche Stütze und Förderung bei der Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche. Dr. Sille, der Sprecher der Ostpreussen, sprach gewiss nicht ins Leere, als er auf die fehlende ausreichende Altersversorgung der noch nicht eingegliederten Landwirte hinwies. Dafür zeugen schon die sozialdemokratischen Initiativanträge zur Lastenausgleichnovelle. Hier sind noch bedenkliche Lücken in unserer Sozialgesetzgebung auszufüllen.

Die Bewohner Ostpreussens haben im Krieg und bei den darauf folgenden Austreibungen einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. 230 000 fielen auf den Schlachtfeldern, 400 000 kamen nach Kriegsende ums Leben. Vielleicht ist es dieser grosse Blutverlust und die damit verbundenen Leiden, der ihre Landsmannschaft zu einer der straffest organisierten werden liess, von den 1 200 000 in Westdeutschland lebenden Ostpreussen gehören fast 90 Prozent der Landsmannschaft an, wohl das sichtbarste Merkmal einer durch Leid und schmerzliche Erfahrungen geprägten Gemeinschaft.

Der Geschäftsführer der Landsmannschaft, Otto, der diese Zahlen, die für manche neu waren, bekanntgab, vermittelte ein recht anschauliches Bild der vielseitigen politischen, kulturellen und caritativen Tätigkeit seiner Landsleute. Viele Reisen ins westliche Ausland dienten und dienen der Aufklärung über das Wollen der Landsmannschaft und ihrem Bemühen, auf ihre Weise zu einer friedlichen, auf gerechter Grundlage ruhenden Völkerordnung beizutragen. Zu registrieren ist: manche westlichen Gesprächspartner zeigen sich noch verschlossen, viele jedoch haben Verständnis für diese Seite politischen Wirkens, die von offizieller östlicher Seite leichtfertig und aus allzu durchschaubaren Gründen einfach als "Revanchismus" abgestempelt und diffamiert wird. Dies nimmt freilich nicht von der Bedeutung und der Notwendigkeit des immerwährenden redlichen Suchens nach einer Verständigung mit unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn, den Polen. Alle Teilnehmer der zweiten Begegnung waren sich darüber einig - und das war wohl der wichtigste Gewinn aus diesem Gespräch zwischen politischen Menschen, die zwar nicht auf eine gemeinsame Parteilinie eingeschworen sind, aber vereint sind in der Aufrichtigkeit ihres Wollens, aus der Geschichte zu lernen.

+ + +